



## Meine Themen in Kürze

### Kindergeld auch im Bundesfreiwilligendienst

Mit dem Beschluss der so genannten Beitreibungsrichtlinie hat der Deutsche Bundestag u.a. die Kindergeldzahlung für Bundesfreiwilligendienstleistende beschlossen, wofür ich mich eingesetzt habe. Nun ist am 25. November der Bundesrat am Zug.

### Bundeskinderschutzgesetz verabschiedet

Das Gesetz nimmt die Ergebnisse der Beratungen des Runden Tisches gegen sexuellen Missbrauch und weitere Initiativen von Union und FDP auf. Als Jugendpolitischer Sprecher habe ich mich dafür eingesetzt, dass beim ehrenamtlichen Engagement Regelungen mit Augenmaß gefunden werden. Das ursprünglich geplante erweiterte Führungszeugnis für ehrenamtlich Engagierte in der Kinder- und Jugendarbeit ist vom Tisch. Stattdessen gelten flexible Regelungen, die den Gegebenheiten vor Ort und den Engagierten gerecht werden.

### Positionspapier zur Eigenständigen Jugendpolitik

Die FDP-Fraktion hat ein Positionspapier zur Eigenständigen Jugendpolitik verabschiedet. Das von mir initiierte Papier ist nun die Grundlage für die Verhandlungen mit der Union, um die Jugendpolitik voranzubringen.

### Kriegsgräbergesetz reformiert

Als zuständiger Berichterstatter war ich für die Reform des Kriegsgräbergesetzes zuständig. Ab jetzt wird die so genannte „Ruherechtsentschädigung“ für Kommunen in ein Pauschalverfahren umgewandelt. Das erspart Bund und Kommunen jährlichen Bürokratieaufwand.

### Breiter Ansatz in der Extremismusprävention

Zukünftig werden die Präventionsprogramme des Bundes im Bereich Extremismus um eine Säule ergänzt, die Linksextremismus und religiösen Extremismus stärker in den Blick nimmt. Einen entsprechenden Antrag, den ich als zuständiger Fachpolitiker verantwortet habe, passierte mit den Stimmen von Union und FDP den Deutschen Bundestag.

### Zahl der Freiwilligen hat sich verdoppelt

Seit einigen Monaten gibt es den Zivildienst nicht mehr. Allen Unkenrufen zum Trotz ist weder der Sozialstaat zusammengebrochen noch gibt es Schwierigkeiten Freiwillige zu gewinnen. Im BFD und dem klassischen FSJ/FÖJ engagieren sich bereits mehr als 55.000 Menschen. Besonders erfreulich: Jeder vierte Bundesfreiwilligendienstleistende ist älter als 27 Jahre alt – die Forderung der FDP den Dienst auch für Ältere zu öffnen zahlt sich aus.



### Sehr geehrte Damen und Herren,

ab sofort erhalten Sie meinen Newsletter in neuem Gewand.

Dabei hat sich weit mehr geändert als nur das Layout. In Zukunft möchte ich Ihnen wichtige Informationen aus meiner Arbeit in Berlin und Braunschweig knapp, übersichtlich und präzise in wechselnden Rubriken näher bringen.

In dieser Ausgabe finden Sie unter anderem eine Übersicht liberaler Erfolge aus dem Bundestag seit der parlamentarischen Sommerpause und einen detaillierten Überblick bisheriger Maßnahmen zur Banken- und Kapitalmarktregulierung.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr Florian Bernschneider

## geliefert.

Seitdem Philipp Rösler auf dem Bundesparteitag bei seiner Antrittsrede gesagt hat: „Ab heute wird geliefert!“ lautet eine der häufigsten Fragen an uns Liberale: Was und wann liefert ihr denn? Dabei zeigt ein Blick auf die Beschlüsse der letzten vier Sitzungswochen: Die FDP liefert mehr als man denkt. Ein Blick auf die Beschlüsse fernab von Eurokrise und Steuersenkungsdiskussion lohnt sich!

### 1. Haushalt 2012:

Bei der Aufstellung des Haushaltes bleibt Schwarz-Gelb auf Sparkurs. Im Vergleich zur mittelfristigen Finanzplanung wurden noch einmal 13 Milliarden Euro mehr eingespart als ursprünglich erwartet. Die Neuverschuldung wird nun auf 27,2 Milliarden Euro taxiert. In der Finanzplanung des Möchtegern-Kanzlerkandidaten Steinbrück wären 30 Milliarden Euro mehr Schulden vorgesehen.

### 2. ELENA:

Auf Drängen der FDP ist die bürokratische Datenkrake ELENA (Elektronischer Entgeltnachweis) nun endgültig vom Tisch. Das ist eine gute Nachricht für kleine Unternehmen, Kommunen und sogar Vereine. Für sie entfällt damit das aufwändige, kostenintensive Übermitteln hochsensibler Daten ihrer Mitarbeiter

### 3. Bürokratieabbau:

„10,5 Milliarden weniger Bürokratiekosten für Unternehmen“ lautet die Bilanz nach zwei Jahren Schwarz-Gelb. Diese Entlastung ist zum Beispiel durch die deutlich vereinfachte Rechnungsübertragung per Internet möglich, die alleine 4 Milliarden Euro einspart. Gerade kleinere und mittlere Betriebe profitieren von diesen Änderungen. Mehr Infos unter: <http://tinyurl.com/3zs8zf5>

### 4. Arbeitsmarktinstrumente entrümpelt:

Durch die SGB III Reform können die Vermittler in den Arbeitsagenturen endlich auf einen aufgeräumten Instrumentenkasten zurückgreifen. Fast ein Viertel der bisherigen Instrumente wurde nach einer eingehenden Prüfung gestrichen. Die Vorwürfe, Schwarz-Gelb verursache mit dieser Reform eine Kürzungsorgie auf Kosten der Betroffenen, sind Unsinn. Pro Arbeitslosen investiert Schwarz-Gelb genauso viel in die Aktive Arbeitsmarktpolitik wie die Große Koalition.

### 5. Verbraucherschutz:

Wir machen Schluss mit dem „Geschäftsmodell Warteschleife“. Durch die Novelle des Telekommunikationsgesetzes zahlt man in Zukunft nur noch für tatsächliche telefonische Beratungsleistungen und nicht mehr für die Musik in der Warteschleife. Aber auch die Mitnahme der Rufnummer beim Anbieterwechsel wird vereinfacht – für mehr Wettbewerb und Kundenfreundlichkeit.

### 6. Kurzer Prozess:

Zukünftig erhalten Betroffene von überlangen und verzögerten Gerichtsverfahren 1.200 Euro pro Jahr Entschädigung und einen angemessenen Ausgleich für materielle Schäden. Damit wächst der Druck auf die Justiz, effizientere Verfahrensweisen zu entwickeln und die bundesweit hohen Unterschiede bei den Verfahrenslängen zu verringern.

### 7. Kommunalfinanzen:

Der Bund befreit die Kommunen bis 2014 von den Kosten für die Grundsicherung im Alter. Das geschieht in drei Schritten: Der Bund übernimmt zunächst 45% (2012), dann 75% (2013) und schließlich 100% (ab 2014). Damit haben wir die kommunale Selbstverwaltung gestärkt und die Kommunen von einem großen Kostenfaktor befreit. Außerdem helfen wir damit Ländern und Kommunen, ab 2016 die Voraussetzungen für die grundgesetzliche Schuldenbremse zu erfüllen.

Helmut Schmidt: „Peer Steinbrück hat in seiner Zeit als Finanzminister bewiesen, dass er regieren und verwalten kann.“



Am 25.09.2008, zehn Tage nach der Pleite von Lehmann Brothers, erklärte Steinbrück, dass ein Bankenrettungspaket wie in den USA für deutsche Banken „nicht notwendig“ sei. Schon am Tag darauf begann sein Ministerium mit den Planungen zur Rettung der HRE für 100 Milliarden Euro.

Ohne Beteiligung des Parlaments entschied Steinbrück, ein Viertel der Anteile an der Commerzbank auf Steuerzahlerkosten für insgesamt 18 Milliarden Euro zu kaufen. Der aktuelle Marktwert der Aktien lag damals bei knapp 3 Milliarden Euro.

(Foto: CubeBubi @ en.wikipedia.org)

# NICHTS aus der KRISE **GELERNT** - oder doch?

In Frankfurt am Main und Berlin demonstrieren seit einigen Wochen tausende Menschen nach dem Vorbild der amerikanischen „Occupy“-Bewegung gegen die Macht der Kapitalmärkte und die Ohnmacht der Politik. Der Eindruck vieler Demonstranten ist, dass die Politik aus der Bankenkrise nichts gelernt hat, doch der Braunschweiger Bundestagsabgeordnete Florian Bernschneider meint, dass Schwarz-Gelb schon vieles zur Regulierung der Kapitalmärkte und Banken erreicht hat.

## Herr Bernschneider, hat die deutsche Politik überhaupt aus der Bankenkrise 2008 gelernt?

Man kann sogar sagen, dass unsere Beschlüsse Deutschland zum Vorreiter einer konsequenten Bankenregulierung in Europa gemacht haben. Dabei setzen wir sowohl auf präventive Mechanismen, die eine Bankenkrise von vornherein verhindern sollen, als auch darauf Banken zu stabilisieren, zu restrukturieren oder im Notfall abzuwickeln.

## Was genau sind denn diese Mechanismen? Wird nicht wieder mit den gleichen Instrumenten wie vor der Krise gezockt?

Zunächst haben wir die Bankenaufsicht mit größeren Eingriffs- und Kontrollrechten gestärkt. Aber wir haben uns auch um die Produkte gekümmert, die im Mittelpunkt der Bankenkrise standen. Ungedeckte Leerverkäufe, bei denen mit hohem Risiko auf fallende Kurse gesetzt wird, haben wir verboten. Die so genannten Asset Backed Securities, also die Bündelung und Verbriefung verschiedener Kreditforderungen, müssen zu 5 Prozent in den Büchern der Banken bleiben, die ihre gebündelten Kreditforderungen an Dritte weiterverkaufen wollen. 2015 wird dieser Selbstbehalt auf 10% steigen. Damit unterbinden wir den Kern der amerikanischen Hypothekenkrise, bei der Banken sorglos Kredite an Kunden verteilt haben, weil Sie die entstehenden Kreditrisiken am Markt verkaufen konnten. Mit der Bankenabgabe treffen wir nicht zuletzt Vorsorge für zukünftige Krisen. Mittels dieser Abgabe soll der Finanzsektor einen großen Teil der Kosten von Restrukturierungsmaßnahmen selber tragen.

## Die Occupy-Bewegung macht ja auch die Ratlosigkeit des normalen Bürgers gegenüber immer komplexeren Kapitalmärkten deutlich. Was haben Sie für den Verbraucher, den kleinen Bankkunden getan?

Tatsächlich spielt der Verbraucherschutz für uns eine zentrale Rolle. Deswegen haben wir einen „Beipackzettel für Finanzprodukte“ eingeführt, bei dem den Bankkunden wichtige Informationen wie Risiken, Erträge und Kosten kurz und verständlich beschrieben werden. Außerdem müssen Banken und Finanzdienstleister zukünftig die Provision offenlegen, die sie für den

Verkauf eines Produktes kassieren; damit der Kunde sehen kann, ob bei der Produktauswahl seine Interessen oder die Provisonerträge der Bank im Mittelpunkt stehen. Außerdem müssen Banken und Finanzdienstleister zukünftig nachweisen, dass ihre Berater die nötigen Kenntnisse für ihre Tätigkeit besitzen. Dafür wurde eine zentrale Beraterdatenbank bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen (BaFin) eingerichtet. Eine Beschwerdestelle soll zusätzlich dafür sorgen, schwarze Schafe aus dem Verkehr zu ziehen.

## Das klingt alles schön und gut. Aber mal ehrlich: Während wir zur Zeit schon wieder über Rettungspakete für Banken diskutieren, kassieren deren Manager Millionen. Das passt doch nicht zusammen!

Genau deswegen sind wir auch hier tätig geworden. Wir haben die vom internationalen Finanzstabilitätsrat (FSB) entworfenen Standards für Vergütungssysteme in nationales Recht umgesetzt. Banken und Versicherungen sind angehalten Vergütungssysteme einzuführen, die nur Boni gestatten, wenn die Vorstände tatsächlich im Sinne einer nachhaltigen, langfristigen und gesunden Entwicklung des Unternehmens handeln. Die Bankenaufsicht in Deutschland ist sogar berechtigt, die Auszahlung von Vergütungen unter bestimmten Voraussetzungen zu untersagen. Und klar ist für uns auch: Wenn eine Bank vom Staat unterstützt werden muss, wird das Gehalt der Manager stark begrenzt.

## Auch die Verhandlungen zum Euro ergaben Nachbesserungsbedarf bei der Bankenregulierung. Musste die EU eingreifen, weil die Nationalstaaten es nicht alleine schaffen, die Banken zu bändigen?

Es gibt einfach Regulierungen, die im nationalen Alleingang keine Wirkung hätten. Eine Finanzmarkttransaktionssteuer nur in Deutschland hilft niemandem, denn die Banken verlegen ihren Handel mit einem Klick von Frankfurt nach London. Ähnlich sieht es bei der Erhöhung der Eigenkapitalquote der Banken auf 9% aus. Wer wirklich Kettenreaktionen auf dem Bankenmarkt verhindern will, muss wenigstens europaweite Eigenkapitalquoten festschreiben, um für mehr Sicherheit und Transparenz auf dem Bankenmarkt zu sorgen.

# die soziale marktwirtschaft weiterdenken.

Im politischen Berlin ist man sich einig. Die aktuelle Krise ist nicht nur eine Währungs- und Krisenkrise, sondern längst der Lackmestest für das Große und Ganze: Die europäische Idee, die Glaubwürdigkeit von Politik und nicht zuletzt die Soziale Marktwirtschaft. Damit ist reger Betrieb in den Grundsatzabteilungen der Parteien ausgebrochen. Denn je komplexer die Krisenbeschlüsse werden, desto größer wird die Bereitschaft der Menschen, bisherige Grundsätze zu hinterfragen.

Die politische Linke wittert eine historische Chance, liefert aber nur historische Antworten. Sie bleibt dem Glauben an den Staat, einem ordentlichen Stück Planwirtschaft und einer Prise Verbotskultur treu. Wo Politiker bereits bewiesen haben, dass ihre Landesbanken nicht die besseren sind, sollen alle Banken verstaatlicht werden. Während Griechenland unter der Last eines überdimensionierten Staatsapparats ächzt, soll hierzulande eine immer größere staatliche Umverteilung für Glückseligkeit sorgen.

All das bringt Liberale nicht durcheinander. Trotzdem ist damit noch keine Antwort für die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft gegeben. Auch unser Bild der Sozialen Marktwirtschaft scheint der Globalisie-

rung nicht gewachsen. Man findet den ehrbaren Kaufmann hierzulande, aber in den Textilfabriken Bangladeschs sucht man ihn häufig vergebens. Fraglich ist auch, ob Algorithmen, die über Kauf und Verkauf an Börsen entscheiden, überhaupt verantwortungsvoll handeln können.

Wo dieses verantwortungsbewusste Regulatorium fehlt, ist der Staat gefragt. Das ist nicht neu, schließlich ist er seit jeher Schiedsrichter der Sozialen Marktwirtschaft. Nur ist er nicht mehr allein, sondern muss sich mit anderen Staaten gemeinsam positionieren. Wie schwierig das ist, erleben wir anhand der Verhandlungen über eine neue Finanzarchitektur. Die Gretchenfrage der Umweltpolitik – einzelner Nutzen und gemeinsame Kosten – gilt längst auch hier. Warum sollte England auf die Rendite der Londoner Börse verzichten, wo es sich die Kosten einer globalen Finanzkrise mit allen Staaten teilt? Für eine globalisierte Welt ist es keine Lösung, aus Staatsgläubigkeit eine Staatengläubigkeit zu machen. Der Spielraum für Ausweichbewegungen ist zu groß, um mit Mindestlöhnen, Finanztransaktions- und Reichensteuer plausible Antworten zu geben. An dieser Stelle, der Grenze aller staatsgläubigen Ideologien, zeigt der liberale Kompass auf jemanden,

der bisher vernachlässigt wurde: Den mündigen Verbraucher. Natürlich kann er den Schiedsrichter nicht ersetzen, aber er kann durch bewusste Konsumententscheidungen zum Linienrichter avancieren. Dafür müssen allerdings Verbraucherbildung und Transparenz vorangebracht werden.

Wen wundert es, dass wir von einer in die nächste Finanzkrise stolpern und landauf landab Ratlosigkeit herrscht, wenn ein Abiturient nicht den Zusammenhang von Rendite und Risiko erklären kann? So mancher Bankberater wäre bei der Frage ins Schwitzen geraten, warum verbrieftes Häuslebaukredite genauso sicher sein sollen wie deutsche Staatsanleihen, deren Rendite aber wesentlich höher.

Um Kaufentscheidung hinterfragen zu können, ist Transparenz erforderlich. Nur das ist schwierig, solange bei vielen Discountprodukten kein Herstellungsort preisgegeben wird. Die oft geforderte Lebensmittelampel bringt uns hier nicht weiter. Dort, wo Cola Light wegen des geringen Zuckergehalts grün gekennzeichnet wird (Kaufempfehlung) und Olivenöl wegen des Fettgehalts rot, wird nur einmal mehr deutlich: Der Verstand des Einzelnen ist der Staatsgläubigkeit deutlich überlegen.

## termine

- Mo. 07.11. - Fr. 12.11.2011  
Sitzungswoche in Berlin
- Sa. 12.11. - So. 13.11.2011  
Außerordentlicher Bundesparteitag der FDP in Frankfurt/Main
- Mo. 14.11.2011 19:00 Uhr - 21:00 Uhr  
Regionalkonferenz der FDP Niedersachsen in Braunschweig
- Di. 15.11. - Fr. 18.11.2011  
Jugendpolitische Reise des Familienausschusses ins Baltikum
- Sa. 19.11.2011 09:00 Uhr - 20:00 Uhr  
Landesvorstand Klausurtagung FDP NDS
- Mo. 21.11. - Fr. 25.11.2011  
Sitzungswoche in Berlin - Haushaltswochen

- Fr. 25.11.2011 19:00 Uhr - 21:30 Uhr  
Braunschweiger Braunkohlbankett
- Mo. 28.11. - Fr. 02.12.2011  
Sitzungswoche in Berlin
- Mo. 05.12.2011 19:00 Uhr - 22:00 Uhr  
FDV Kreisverband Osnabrücker Land
- Di. 06.12. - Mi. 07.12.2011  
BPA-Besuchergruppe aus dem Wahlkreis zu Besuch in Berlin
- Do. 08.12.2011 14:00 Uhr - 16:00 Uhr  
Gespräch mit der Neuen Braunschweiger Zeitung
- Sa. 10.12.2011 10:00 Uhr - 14:00 Uhr  
Landesvorstand FDP NDS
- Mo. 12.12. - Fr. 16.12.2011  
Sitzungswoche in Berlin

### Impressum

NEWS LETTER - Ausgabe 03/2011

#### Herausgeber/Redaktion

Florian Bernschneider MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030 – 227 71881

Telefax: 030 – 227 76632

Facebook: [www.facebook.com/bernschneider](http://www.facebook.com/bernschneider)

Twitter: [twitter.com/fbernschneider](https://twitter.com/fbernschneider)

E-Mail: [florian.bernschneider@bundestag.de](mailto:florian.bernschneider@bundestag.de)

#### Bildquellen

©anweber - Fotolia.com; Deutscher Bundestag / Stephan Erfurt; Deutscher Bundestag / Simone M. Neumann